

BAHNLÄRM-  
INITIATIVE  
BREMEN

c/o: Dr. Angelina Sörgel  
Manteuffelstraße 8  
28203 Bremen

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Wachtstraße 27/29  
28195 Bremen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
in der Bremischen Bürgerschaft  
Schlachte 19/20  
28195 Bremen

Fraktion der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
Am Wall 135  
28195 Bremen

Fraktion DIE LINKE.  
Tiefer 8  
28195 Bremen

Bremen, 29.05.2011

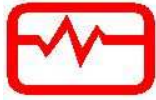
**Gemeinsam gegen Bahnlärm im Bundesland Bremen**  
**Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) 17. Wahlperiode, 85. Sitzung am**  
**11.05.2011**  
**Anfrage zum Status der eingeleiteten Maßnahmen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

erfreulicherweise hat die Bremische Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 11.05.2011 einige Beschlüsse gefasst, um den Bahnlärm an den Schienenstrecken im Land Bremen zu mindern und den Senat der Freien Hansestadt Bremen aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen.

Unsere Initiative unterstützt Ihre Anträge und will die Umsetzung der Beschlüsse in der neuen Legislaturperiode kritisch begleiten.

Wir erwarten, dass sie diese und die früheren Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft zum Lärmschutz aus der vergangenen Legislaturperiode in der Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung angemessen berücksichtigen.



...2

Wir fragen uns, welche verschiedenen Maßnahmen im Weiteren konkret eingeleitet werden und bitten Sie dazu um frühzeitige Informationen, wer welche Schritte bis wann unternehmen wird, um die umfangreichen Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft (siehe Anlage) umzusetzen.

Insbesondere erscheinen uns folgende Gesichtspunkte wichtig, die im Sinne der von Bahnlärm beeinträchtigten Menschen unverzüglich, bevor die mit der „Ertüchtigung des Bahnknotens Bremen“ zu erwartenden Mehrbelastungen eintreten, umzusetzen sind:

- **Rechtsgrundlage für Geschwindigkeitsbegrenzung** für Züge mit nicht-lärmsanierten Waggons, von denen hohe Schallwerte ausgehen (qualifizierte Geschwindigkeitsbegrenzung)
- **Lärmmessungen** vornehmen (Lärmkataster erstellen), um objektive Daten für die Belastung der Bevölkerung mit Bahnlärm zu erhalten und eine frühzeitige und angemessene Berücksichtigung des Bahnlärms bei der **Lärmaktionsplanung** zu gewährleisten
- **Maßnahmen zur Lärmsanierung an der Quelle** (rollendes Material und Oberbau der Gleise wie Bremstechnik der Waggons, Qualität der Fahrgestelle, Rad-Schiene-Kontaktfläche, Instandhaltung des Oberbaus und der Schienen, Entdröhnung von Eisenbahnbrücken)
- **Passiven Lärmschutz optimieren** (Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Förderung der Errichtung von Lärmschutzwänden und der Bezuschussung von Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden zu verbessern und einen lückenlosen Lärmschutz zu gewährleisten)
- **Abschaffung des Schienenbonus im Bundesimmissionsschutzgesetz**, Einführung lärmabhängiger Trassenpreise und Aufstockung der Mittel für Lärmschutzmaßnahmen und Infrastruktur.

Wir gehen davon aus, dass die Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit dem Magistrat Bremerhaven und der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte, den Bundestagsabgeordneten Bremens sowie unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der neuen Legislaturperiode einen konkreten bremischen Maßnahmenplan zur Umsetzung der Forderungen entwickeln wird. In diesem Sinn hoffen wir auf eine produktive Zusammenarbeit.

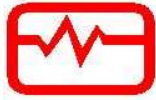
Bitte richten Sie Ihre Antwort an die im Briefkopf genannte Kontaktadresse.

Mit freundlichen Grüßen

Bahnlärminitiative Bremen

Dr. Angelina Sörgel, Rainer Böhle

Anlage



Anlage zum Schreiben der Bahnlärminitiative Bremen an die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft vom 29.05.2011

Seite 1

**Auszüge aus den Beschlüssen der Bremische Bürgerschaft (Landtag)  
17. Wahlperiode, 85. Sitzung am 11.05.2011  
zum Themenkomplex Bahnlärm**

**Nr. 17/1510**

**Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Januar 2011 (Drucksache 17/1607)  
und

**Bahnfernverkehr für Bremen verbessern und ÖPNV-Träger miteinander vertakten**

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2011 (Drucksache 17/1706)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, sich beim Bund und bei der Deutschen Bahn AG für ... einen effektiven Lärmschutz entlang der bremischen Hauptverkehrsstrecken einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, dass sie auf die jährlichen Sonderzahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bund in Höhe von 500 Mio. € verzichtet und diese Mittel stattdessen in die Qualität und die Zuverlässigkeit des Schienennetzes und effektiven Lärmschutz reinvestiert werden.

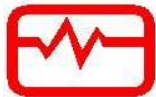
**Nr. 17/1511**

**Umleitung des Eisenbahn-Güterverkehrs prüfen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2011 (Drucksache 17/1678)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine Studie über mögliche langfristige Alternativen zu den bestehenden Güterverkehrstrassen zu initiieren. Im Rahmen der Studie sollen insbesondere geprüft werden:

- a) alternative Streckenführung abseits von dicht besiedelten Stadtgebieten,
- b) Ertüchtigung bzw. Modernisierung bestehender Alternativstrecken,
- c) mögliche Neubauvarianten außerhalb städtischer Gebiete.



Anlage zum Schreiben der Bahlärminitiative Bremen an die Fraktionen in der Bremischen  
Bürgerschaft vom 29.05.2011

Seite 2

#### **Nr. 17/1512**

##### **Bahnlärm jetzt verringern!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 2. Mai 2011 (Drucksache  
17/1758)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbegrenzungen für laute Züge geschaffen wird, um die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der 2012 wieder anstehenden Kartierung des Bahnlärms zur Kontrolle systematische Lärmmessungen an den Bahnstrecken durchgeführt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
3. auf Basis der Maßnahmenplanung der Deutschen Bahn AG (DB) bzw. des Bundes in Abstimmung mit dem Magistrat und der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte eine eigene Priorisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken im Lande Bremen zu erstellen und gegenüber der DB bzw. dem Bund zu vertreten.

#### **Nr. 17/1514**

##### **Mehr Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen**

Antrag der Gruppe der FDP vom 10. Mai 2011 (Drucksache 17/1766)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn weiter zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für ihr Lärmsanierungsprogramm zu drängen,
2. sich dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein lückenloser Lärmschutz an den Hauptbahntrassen erfolgen
1. kann,
2. sich weiter für die Förderung lärmindernder Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
3. sich für den Austausch von veralteten Grauguss-Bremsen durch Bremsen mit KSohle oder LL-Sohle einzusetzen,
4. weiterhin auf die Abschaffung des Schienenbonus im Bundesimmissionsschutzrecht zu drängen,
5. sich weiterhin für eine Absenkung der Lärmsanierungswerte einzusetzen,
6. sich für lärmabhängige Trassenpreise einzusetzen und weiterhin andere Anreizsysteme für lärmindernde Zugzusammenstellungen zu unterstützen,
7. sich dafür einzusetzen, dass eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, auf deren Basis Geschwindigkeitsbeschränkungen für übermäßig laute Züge zu allen Tages- und Nachtzeiten erlassen werden können und
8. einen Beteiligungsprozess für die notwendigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in Bremen und Bremerhaven zu initiieren.